



Stadt St. Gallen stellt energiepolitische Weichen

kru. · 54 Prozent ihrer Bandenergie bezieht die Stadt St. Gallen derzeit aus Atomstrom. Dennoch verlangt die SP mit einer Initiative analog zur Stadt Zürich den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie, indem bestehende Bezugsverträge nicht verlängert und keine neuen Beteiligungen eingegangen werden. Am 28. November stimmt das St. Galler Stimmvolk darüber ab, ebenso über einen Gegenvorschlag von Stadtrat und -parlament. Diese sehen die Versorgungssicherheit bei Annahme der Initiative gefährdet und plädieren für einen «Atomausstieg light», indem dieser bis

spätestens 2050 erfolgen soll. Gleichzeitig wollen sie die Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien in der Gemeindeordnung verankern. Die SP begrüßte den Gegenvorschlag, konnte sich aber nicht zu einem Rückzug ihrer Initiative durchringen.

Gänzlich gegen den Atomausstieg kämpft ein überparteiliches, von Wirtschaftskreisen unterstütztes Komitee: Es gebe noch keine brauchbaren Konzepte zum Ersatz von Atomstrom, ein Ausstieg bringe unkalkulierbare politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Risiken mit sich.

Beinah unbestritten ist hingegen die dritte zur Abstimmung gelangende Energievorlage, welche St. Gallen eine Pionierrolle bei der geothermischen Nutzung einbringen könnte: ein Kredit über 159 Millionen Franken für Bohrungen in eine Tiefe von 4500 Metern, den Bau eines Geothermie-Heizkraftwerks und den Ausbau des Fernwärmenetzes. Das Gemeindeparlament hat der Vorlage einhellig zugestimmt. Opposition meldete jüngst lediglich der Verband Swissoil Ostschweiz an, der sich an der möglichen Monopolisierung der städtischen Versorgung mit Heizwärme stört.